**Formular[[1]](#footnote-2) – Vor Beratung über eine
Verarbeitung mit hohem Restrisiko**
(außerhalb des Anwendungsgebiets der Titel 2 und 3 des Gesetzes vom 31. Juli 2018 zum Schutz natürlicher Personen betreffend der Verarbeitung persönlicher Daten)[[2]](#footnote-3)

**Vorwort**

**Informationen über die Verarbeitung persönlicher Daten**Die Datenschutzbehörde verarbeitet Ihre persönlichen Angaben, da das Gesetz sie verpflichtet, Datenlecks für Straf- und Kontrollzwecke zu registrieren und die Organisation über das Datenleck zu beraten, wenn das nötig sein sollte. Die persönlichen Angaben werden gespeichert, solange dies notwendig ist, um die Empfehlung zu geben, die Strafe zuzuweisen oder die Kontrolle durchzuführen. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen europäischen Datenschutzbehörden können Daten aus diesem Formular mit ihnen geteilt werden. Für weitere Informationen oder für die Ausübung des Rechts auf Zugang, Korrektur, Löschung Ihrer Daten und auf die Einschränkung der Verarbeitung schicken Sie eine E-Mail an dpo@apd-gba.be oder ein Schreiben an die Datenschutzbehörde – DPO, Drukpersstraat 35, 1000 Brüssel.

Dieses Formular darf für alle vorherigen Beratungen über Verarbeitungen persönlicher Angaben mit hohem Restrisiko **verwendet werden,** **außer** für Verarbeitungen, die von Verarbeitungsverantwortlichen ausgeführt werden, die die Titel 2 und 3 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 zum Schutz natürlicher Personen betreffend der Verarbeitung persönlicher Daten (gerichtliche Behörden, Polizeidienste, allgemeine Inspektion der Bundespolizei und der lokalen Polizei, Zelle für finanzielle Informationsverarbeitung, allgemeine Zollverwaltung, die Passagierinformationseinheit, Informations- und Sicherheitsdienste) oder ihre Verarbeiter erfüllen müssen.

|  |  |
| --- | --- |
| Dieses Formular betrifft: | * eine vorherige Beratung
* eine Anfrage die vorige Beratung zu annullieren
 |
| **Grund für die Stornierung:**  |
| **Einzigartiger Code der vorigen Beratung:**  |

**Bin ich verpflichtet, die Behörde vorher über meine geplante Verarbeitung zu informieren?**

|  |  |
| --- | --- |
| Bin ich verpflichtet, eine Datenschutzeffektbeurteilung durchzuführen? | * JA
* NEIN -> dann müssen Sie dieses Formular nicht ausfüllen
* ICH WEISS ES NICHT -> siehe Punkt 1 unserer DPIA-Gebrauchsanweisung
 |
| **WENN JA**, hat Ihre Beurteilung gezeigt, dass die Verarbeitung ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen bedeutet? | * JA
* NEIN -> dann müssen Sie dieses Formular nicht ausfüllen
 |
| **WENN JA,** haben Sie Maßnahmen ergriffen, die das erhöhte Risiko dieser Verarbeitung minimieren? | * JA
* NEIN -> ergreifen Sie die geeigneten Maßnahmen, um dieses erhöhte Risiko abzuschwächen. In diesem Stadium müssen Sie dieses Formular nicht ausfüllen.
 |
| **WENN JA,** können diese Maßnahmen das erhöhte Risiko minimieren? | * JA -> dann müssen Sie dieses Formular nicht ausfüllen
* NEIN -> gehen Sie zur nächsten Frage
 |
| **WENN NICHT,** sind die Verarbeitungen, die Sie ausführen möchten, grenzüberschreitend? | * JA -> beantworten Sie die nachfolgenden Fragen a bis g für die Identifikation der zuständigen Datenschutzbehörde, außer wenn **Sie eine belgische Behörde sind oder eine belgische Privateinrichtung, die aufgrund Artikel 6, 1. Absatz, Punkt c) oder e) handelt**
* NEIN -> füllen Sie nur die Fragen 1 bis 34 aus.
 |

Sobald Ihre Akte in Ordnung ist und wenn die Datenschutzbehörde der Meinung ist, dass die geplante Verarbeitung der AVG widerspricht, übermittelt sie dem Verarbeitungsverantwortlichen innerhalb von maximal 8 Wochen eine schriftliche Empfehlung. Die Frist kann je nach Komplexität der geplanten Verarbeitung um 6 Wochen verlängert werden. Sie können gebeten werden, zusätzliche Informationen zu übermitteln, sollte das notwendig sein, um Ihre Akte in Ordnung zu bringen. In diesem Fall werden die obigen Fristen ausgesetzt.

**Vorheriger Schritt für grenzüberschreitende Datenverarbeitungen: Identifikation der leitenden Autorität**

Bestimmte Datenverarbeitungen sind grenzüberschreitend, wie in Artikel 4, §23 der allgemeinen Datenschutzverordnung angegeben. Dieser Artikel definiert die grenzüberschreitende Verarbeitung auf zweierlei Art. Es kann sich um eine Verarbeitung persönlicher Daten handeln.

im Rahmen der Aktivitäten von Niederlassungen in mehr als einem Mitgliedsstaaten eines Verarbeitungsverantwortlichen oder ein Verarbeiter in der Gemeinschaft, die in mehr als einem Mitgliedsstaaten ansässig ist;

oder

im Rahmen der Aktivitäten einer Niederlassung von einem Verarbeitungsverantwortlichen oder einem Verarbeiter in der Gemeinschaft, sodass in mehr als einem Mitgliedssaaten wesentliche Folgen entstehen oder wahrscheinlich feststellen werden.

In diesem Fall muss eine GBA als "Leitende Autorität" angegeben werden. Infolge dessen ist diese GBA für den Verarbeitungsverantwortlichen der wichtigste Gesprächspartner für alle Fragen zur grenzüberschreitenden Verarbeitung, wie die vorherige Beratung für eine geplante Verarbeitung mit hohem Restrisiko.

Mit den nachfolgenden Fragen (Fragen a bis g) kann die belgische GBA auf der Grundlage bestimmter Kriterien untersuchen, ob sie im Rahmen der vorherigen Beratung, die ihr vorgelegt wurde, als die leitende Autorität betrachtet werden kann oder nicht. Diese Angabe darf jedoch nicht als definitiv oder feststehend betrachtet werden. Denn der Europäische Ausschuss für Datenschutz kann diese Entscheidung später ungültig erklären, unter anderem, da andere Datenschutzbehörden Einsprüche gegen ihre Berufung zur leitenden Autorität erheben.

Die Antworten auf die Fragen a bis g können also eventuell den anderen zuständigen Datenschutzbehörden innerhalb der Europäischen Union übermittelt werden.

1. **Wo befindet sich der Sitz des Unternehmens/Konzerns? Wenn sich der Sitz nicht in der Europäischen Union befindet oder aufgenommen wurde? Wenn der Sitz sich nicht in der Europäischen Union befindet, aber Sie eine Niederlassung/Vertreter berufen haben, die/der Sie hinsichtlich Ihrer Verpflichtungen laut AVG vertritt, geben Sie bitte den Mitgliedsstaat an, wo sich dieser Sitz befindet.**
2. **Wo wird über die Zwecke und Mittel für die geplante Verarbeitung persönlicher Angaben mit hohem Restrisiko entschieden?[[3]](#footnote-4) Beschreiben Sie genau den Mitgliedsstaat und die betroffenen Niederlassungen**
3. **Wo befindet sich der Funktionär für Datenschutz (DPO)?**
4. **Wenn die Verarbeitungen im Rahmen von Aktivitäten von Niederlassungen in mehr als einem Mitgliedsstaat erfolgen, geben Sie bitte den Mitgliedsstaat der Niederlassung an, welche die genommenen Entscheidungen betreffend des Schutzes persönlicher Daten ausführen muss.**
5. **Wenn die Verarbeitungen im Rahmen der Aktivitäten einer einzigen Niederlassung innerhalb der EU stattfinden, aber dadurch in mehr als einem Mitgliedsstaat Betroffene wesentliche Folgen erleben (oder wahrscheinlich) erleben werden, geben Sie bitte den/die Mitgliedsstaat/en an, in dem die grenzüberschreitenden Aktivitäten wesentliche Folgen für die Betroffenen haben.**
6. **Ist/sind der/die Verantwortliche/n für die Datenverarbeitung bei der grenzüberschreitenden Verarbeitung beteiligt oder geht es ausschließlich um seine/n Verarbeiter?**
7. **Haben Sie für dieselbe geplante Verarbeitung persönlicher Daten mit hohem Restrisiko bereits eine andere Datenschutzbehörde angesprochen? Wenn ja, geben Sie bitte diese Datenschutzbehörde/n an.**

**Wenn Sie der Meinung sind, dass Sie bei der Datenschutzbehörde eine vorherige Beratung für eine Verarbeitung mit hohem Restrisiko anfragen müssen, füllen sie bitte das nachstehende Formular aus.**

**Achtung: Die Informationen, die Sie angeben, darf sich ausschließlich auf die Verarbeitung mit hohem Restrisiko beziehen. Dieses Formular darf also nur die Verarbeitungen mit einem erhöhten Restrisiko enthalten.**

**Füllen Sie den nachstehende Fragebogen so genau wie möglich aus. Verwenden Sie bitte deutliche und einfache Sprache und vermeiden Sie (wenn möglich) Terminologie, die sehr technisch oder juristisch ist. Die Antworten können mit ergänzenden Unterlagen untermauert werden. In bestimmten Fällen werden diese Dokumente ausdrücklich angefragt.**

**I. Der beantragende Verarbeitungsverantwortliche**

|  |
| --- |
| 1. **Daten des Verarbeitungsverantwortlichen oder des gemeinsamen Verarbeitungsverantwortlichen, der sich an die Behörde wendet**
 |
| Eigenschaft des antragstellenden Verarbeitungsverantwortlichen  | * **Der einzige Verarbeitungsverantwortliche;[[4]](#footnote-5)**
* **Gemeinsame Verarbeitungsverantwortliche, füllen Sie in diesem Fall auch die Identifikationsfragen betreffend der anderen Mitverantwortlichen aus**
 |
| Name/n und soziale Bezeichnung/en; |  |
| Belgische Unternehmensnummer (ZRU)[0123.456.789] |  |
| Europäische USt.ID.-Nummer  |  |
| Wenn außerhalb der EU eine einzigartige Nummer im Land der Registrierung zugewiesen wurde – geben Sie bitte auch an, um welche Nummer es sich handelt |  |
| Straße |  |
| Hausnummer |  |
| Postfach |  |
| Postleitzahl |  |
| Ort/Stadt |  |
| Telefonnummer[Beginnen Sie Ihre Telefonnummer immer mit der nationalen Vorwahl. Für Belgien ist das beispielsweise +32] |  |
| Wenn bereits eine andere Datenschutzbehörde kontaktiert wurde, geben Sie bitte den Namen und das Land an |  |
| **Der/die Mitverantwortliche/n für die Verarbeitung:** |
| Name und soziale Bezeichnung/en; |  |
| Belgische Unternehmensnummer (ZRU)[0123.456.789] |  |
| Europäische USt.ID.-Nummer  |  |
| Wenn außerhalb der EU eine einzigartige Nummer im Land der Registrierung zugewiesen wurde – geben Sie bitte auch an, um welche Nummer es sich handelt |  |
| Straße |  |
| Hausnummer |  |
| Postfach |  |
| Postleitzahl |  |
| Ort/Stadt |  |
| Telefonnummer[Beginnen Sie Ihre Telefonnummer immer mit der nationalen Vorwahl. Für Belgien ist das beispielsweise +32] |  |
| Wenn bereits eine andere Datenschutzbehörde kontaktiert wurde, geben Sie bitte den Namen und das Land an |  |

|  |
| --- |
| 1. **Angaben der Kontaktperson für diese Angelegenheit**
 |
| Eigenschaft Kontaktperson |  |
| Name der Kontaktperson  |  |
| Telefonnummer Kontaktperson[Beginnen Sie Ihre Telefonnummer immer mit der nationalen Vorwahl. Für Belgien ist das beispielsweise +32] |  |
|  E-Mail-Adresse der Kontaktperson |  |
| 1. **Wird die Verarbeitung mit hohem Risiko, um die es in der heutigen Kommunikation geht, von einer speziellen normativen Basis umrahmt?**
 |
| * Nein
* Ja:

|  |  |
| --- | --- |
| Wenn ja, war diese normative Basis vor ihrer Genehmigung durch den Gesetzgeber Gegenstand einer Datenschutzeffektbeurteilung (GEB):  | * Ja
* Nein

 Wenn ja: Bitte Nachweise beilegen |

 |

|  |
| --- |
| 1. **Verarbeiten Sie selbst diese persönlichen Daten?**
 |
| * Ja
* Nein, dafür wird ein Verarbeiter beauftragt. Beantworten Sie die nachfolgenden Fragen.
 |
|

|  |  |
| --- | --- |
| Name des Verarbeiters:  |  |
| Belgische Unternehmensnummer (ZRU)[0123.456.789] |  |
| Europäische USt.ID.-Nummer  |  |
| Wenn er in einem Land außerhalb der EU ansässig ist, eine einzigartige Nummer im Land der Registrierung zugewiesen wurde – geben Sie bitte auch an, um welche Nummer es sich handelt |  |
| Adresse des Verarbeiters  |  |
| Hausnummer |  |
| Postfach |  |
| Postleitzahl |  |
| Ort |  |
| Land |  |
| Telefonnummer[Beginnen Sie Ihre Telefonnummer immer mit der nationalen Vorwahl. Für Belgien ist das beispielsweise +32] |  |
| Hat der Verarbeiter eine Empfehlung über die geplante Verarbeitung gegeben? | * Ja – legen Sie diese bei, wenn es nützlich ist
* Nein
 |

 |

1. **Wenn Sie einen DPO beauftragt haben, geben Sie bitte seine Kontaktdaten an**

|  |  |
| --- | --- |
| Dieselben Angaben wie die Kontaktperson?  | * **JA**
* **NEIN**
 |
| Name  |  |
| Eventuelle andere Funktion  |  |
| Telefonnummer [Beginnen Sie Ihre Telefonnummer immer mit der nationalen Vorwahl. Für Belgien ist das beispielsweise +32] |  |
|  E-Mail-Adresse  |  |
| Hat der DPO eine Empfehlung über die geplante Verarbeitung gegeben? | * **Ja: beilegen**
* **Nein: Kontaktieren Sie bitte Ihren DPO und erfragen Sie seine Meinung, bevor Sie die GBA kontaktieren**
 |

1. **Identifizieren Sie die Aktoren, die bei der Ausführung der Datenschutzeffektbeurteilung beteiligt sind (Sicherheitsberater,…). Geben Sie ebenfalls ihre hierarchische Position in der Organisation an.**

|  |  |
| --- | --- |
| Name/n und Vorname/n |  |

|  |  |
| --- | --- |
| Funktion und hierarchische Ebene des Verarbeitungsverantwortlichen innerhalb der Organisation |  |

|  |  |
| --- | --- |
| Telefonnummer [Beginnen Sie Ihre Telefonnummer immer mit der nationalen Vorwahl. Für Belgien ist das beispielsweise +32] |  |
|  E-Mail-Adresse(n)  |  |

|  |  |
| --- | --- |
| Beratung | **Kurze Beschreibung oder wenn zutreffend – fügen Sie die Empfehlung diesem Formular als Anlage hinzu.** |

1. **Identifizieren Sie die Referenzsysteme, die für die betreffende Verarbeitung mit hohem Risiko gelten (genehmigte Verhaltenscodes, Zertifizierungen), bei denen Sie sich angeschlossen haben oder wofür Sie zertifiziert sind.**

**Wenn ja, als Anlage beifügen.**

**II. Beschreibung der Verarbeitungen**

1. **Handelt es sich um eine neue Verarbeitung ODER betrifft es eine Änderung des Risikos, das mit der bestehenden Verarbeitung zusammen hängt?**
2. **Wenn es sich um eine neue Verarbeitung handelt, sollten Sie eine vollständige funktionelle Beschreibung der verschiedenen Verarbeitungsaktivitäten angeben (nutzen Sie eventuell das Register der Datenverarbeitung laut Art. 30 AVG) – Wenn es sich um komplizierte Datenströme handelt, legen Sie eine schematische Übersicht des Verlaufs der geplanten Datenströme bei.**
3. **Wenn es sich um eine Änderung einer bestehenden Verarbeitung handelt, die einen solchen Einfluss hat, das momentan noch ein hohes Restrisiko für die Rechte und Freiheiten der Betreffenden entsteht, geben Sie bitte eine vollständige funktionelle Beschreibung der verschiedenen Verarbeitungsaktivitäten an (nutzen Sie eventuell das Register der Datenverarbeitung aus Art. 30 AVG) und präzisieren Sie, welche Änderungen an dieser Verarbeitung geplant werden – Wenn es sich um komplizierte Datenströme handelt, legen Sie eine schematische Übersicht des Verlaufs der geplanten Datenströme bei.**
4. **Identifizieren und beschreiben Sie die Träger, auf denen die Verarbeitung mit hohem Risiko stattfinden wird (beispielsweise: Papier, elektronisch, Hardware, Server, Provider "Clouddienste", intelligente Netzwerke (smart.)grids)/Gerät verbunden mit dem Internet, neue Technologie...)**

**III – Zwecke der geplanten Verarbeitung mit hohem Restrisiko**

1. **Beschreiben Sie spezifisch, vollständig und deutlich den Zweck der Verarbeitung (vermeiden Sie allgemeine Zwecke, wie z.B. : "Verbesserung der Gebrauchserfahrung"; "IT Sicherheit" ; "Analyse")[[5]](#footnote-6).**
2. **Welchen Rechtsgrund hat die geplante Verarbeitung mit hohem Restrisiko (vgl. Art. 6 AVG)[[6]](#footnote-7) ? Kreuzen Sie das entsprechende Fach an und ergänzen Sie eventuell um die erforderlichen Erläuterungen.**
* **Die Verarbeitung beruht auf der Zustimmung (Art. 6.1.a) AVG). Erläutern Sie, wie Sie diese bekommen und welche Informationen Sie dem Betroffenen darüber übermitteln werden:**
* **Die geplante Verarbeitung ist notwendig für die Ausführung eines Vertrags, wobei die betroffenen Personen Partei sind oder für die Ausführung von vorvertraglichen Maßnahmen, die auf ihr Ersuchen genommen wurden (Art. 6.1.b AVG). Erläutern Sie, warum die Verarbeitung für die Ausführung des Vertrags oder der vorvertraglichen Maßnahmen notwendig ist:**
* **Die geplante Verarbeitung ist die Ausführung einer gesetzlichen Verpflichtung, die ich erfüllen muss (Art. 6.1.c AVG). Nennen Sie die genaue gesetzliche Bestimmung, die Sie verpflichtet, die geplante Verarbeitung auszuführen:**
* **Die geplante Verarbeitung soll die wichtigen Belange natürlicher Personen schützen (Art. 6.1.d AVG). Geben Sie die wichtigen Belange der Betroffenen an:**
* **Die geplante Verarbeitung ist notwendig für die Erfüllung einer öffentlichen Dienstleistung, die mir übertragen wurde (Art. 6.1.e AVG). Geben Sie die präzise normative Basis an, mit der Ihnen dieser Auftrag allgemeinen Interesses anvertraut wurde und beschreiben Sie diese öffentliche Dienstleistung:**
* **Die geplante Verarbeitung ist notwendig für die Vertretung meiner gerechtfertigten Belange oder die eines Dritten (Artikel 6.1.f) AVG). Beschreiben Sie die Art Ihrer gerechtfertigten Belange und warum diese schwerer wiegen als die der Betroffenen, deren Angaben Sie verarbeiten möchten:**
1. **Ist die geplante Verarbeitung mit hohem Restrisiko eine weitere Verarbeitung, nämlich eine Wiederverwendung von Angaben, die anfänglich für andere Zwecke verarbeitet wurden (Art. 6, 4° AVG) ?**

|  |
| --- |
| * NEIN
* JA:  : **Wenn ja, füllen Sie die folgenden Punkte aus:**
	1. **Beruht die weitere Verarbeitung auf der Zustimmung der Betroffenen?**
* Ja
* Nein
	1. **Basiert die geplante weitere Verarbeitung auf einer normativen Basis?**
* Ja: Geben Sie die exakte Referenz der genannten gesetzlichen Bestimmung an
* Nein
	1. **Wenn Sie auf die Fragen a und b "nein" geantwortet haben, beweisen Sie, warum der Zweck der von Ihnen geplanten weiteren Verarbeitung mit dem ursprünglichen Ziel zu vereinbaren ist?**
	2. **Beschreiben Sie anschließend genau den Zweck, für den die Angaben ursprünglich erfasst wurden:**
	3. **Bei wem wird der Verarbeitungsverantwortliche, der die weitere Verarbeitung ausführen möchte, die Daten erfassen: (Kreuzen Sie bitte das entsprechende Fach an)**

 bei den Betroffenen  Bei (einem) Dritten  Identifizieren Sie diese/n Dritten nachfolgend: |

1. **Welche Angaben oder Kategorien von Daten werden verarbeitet, um die Verarbeitung mit einem hohen Restrisiko zu realisieren und angeben, ob es sich um besondere Kategorien persönlicher Daten[[7]](#footnote-8) laut Artikel 9, der AVG oder um persönliche Daten im Zusammenhang mit strafrechtlicher Verurteilung und strafbaren Fakten (Artikel 10 AVG) oder um eine einmalige Identifikationsnummer handelt.**

|  |
| --- |
|  |

**15bis. Wenn die geplante Verarbeitung mit den Kategorien der Daten zusammenhängt, wie in Artikel 9 angegeben, [[8]](#footnote-9)kreuzen Sie bitte das entsprechende Fach an, das für diese Verarbeitung gilt:**

* Die Betroffenen müssen ihre ausdrückliche Zustimmung für die Verarbeitung ihrer Daten geben und das geltende nationale Recht oder das Recht des Mitgliedsstaats verhindert nicht, dass das Verbot auf die Verarbeitung der Angaben im genannten Fall aufgehoben wird (Artikel 9, §2 a) AVG). Erläutern Sie, wie Sie die Zustimmung einholen werden:
* Die Verarbeitung ist notwendig für die Ausführung Ihrer Verpflichtungen oder Rechte oder die der Betroffenen auf dem Gebiet des Arbeitsrechts, des Sozialversicherungsrechts und des sozialen Schutzrechts, sofern solches in nationalem oder EU-Recht gestattet ist (Artikel 9, §2, b) AVG). Geben Sie die gesetzlichen Bestimmungen an, die diese Rechte und/oder Verpflichtungen zur Verarbeitung der genannten Angaben enthalten:
* Die Verarbeitung ist notwendig, um die wichtigen Belange der Betroffenen oder einer anderen natürlichen Person zu schützen, die nicht in der Lage sind, ihre Zustimmung zu geben (Artikel 9, §2, c) AVG). Wenn das der Fall ist, geben Sie an, warum die Betroffenen körperlich oder rechtlich nicht in der Lage sind, ihre Zustimmung zu geben:
* Die Verarbeitung erfolgt im Rahmen Ihrer gerechtfertigten Aktivitäten als Verein, Stiftung oder Instanz ohne Gewinnabsicht, die auf politischem, weltanschaulichem, religiösem, mutualistischem oder gewerkschaftlichem Gebiet tätig ist und bezieht sich ausschließlich auf die Angaben Ihrer Mitglieder (heutige oder frühere Mitglieder) oder auf Personen, die im Zusammenhang mit diesen Zielen regelmäßigen Kontakt mit Ihnen haben (Zielgruppe). Sie teilen die persönlichen Daten Ihrer Mitglieder und Ihrer Zielgruppe ohne ihre vorherige Zustimmung keinesfalls Dritten mit (Artikel 9, §2, d) AVG). Erläutern Sie, warum die Verarbeitung im Rahmen Ihrer gerechtfertigten Aktivitäten (Satzung, eventueller gesetzlicher Auftrag,...) erfolgt und von welchen passenden Sicherheiten diese gedeckt werden:
* Die geplante Verarbeitung bezieht sich auf persönliche Angaben, die eindeutig von den Betroffenen mitgeteilt wurden. (Artikel 9, § 2, e) AVG) Verdeutlichen Sie mit welchem Mittel und in welchen Umständen die Betroffenen Ihre Daten veröffentlicht haben:

* Ihre Verarbeitung ist notwendig für die Feststellung, die Ausübung oder die Untermauerung einer Rechtsforderung oder Sie sind ein Rechtskollegium und treten im Rahmen Ihrer Rechtsbefugnis auf (Art. 9, §2, f) AVG). Erläutern Sie bitte:
* Die Verarbeitung erfolgt aus bestimmten Gründen schwerwiegendem allgemeinem Interesse, aufgrund des Rechts eines Mitgliedsstaats oder der Europäischen Union (Artikel 9, §2, g) AVG). Wenn das der Fall ist, geben Sie bitte die gesetzliche Basis sowie die geeigneten und spezifischen Maßnahmen an, die Sie ergriffen haben, um die Basisrechte und –interessen der Betroffenen zu gewährleisten:
* Die Verarbeitung ist notwendig für präventive Medizin oder Arbeitsmedizin, für die Beurteilung der Arbeitsfähigkeit des Arbeitnehmers, für medizinische Diagnosen, die Bereitstellung medizinischer oder sozialer Dienstleistungen oder Behandlungen bzw. die Verwaltung von Pflegesystemen und Gesundheitsdiensten, auf der Grundlage von EU-Recht oder Recht des Mitgliedsstaates oder laut einem Vertrag mit einem Gesundheitsdienstleister (Artikel 9, §2, h) AVG). Darüber hinaus wird die Verarbeitung von einem Dienstleister im Gesundheitswesen oder einem Dritten der an eine gesetzliche oder deontologische Geheimhaltung gebunden ist oder der Verantwortung einer Person, die diesen Kriterien entspricht, unterliegt (Art. 9, §3 AVG). Identifizieren Sie diese Person und beschreiben Sie ihre Funktion:
* Die Verarbeitung ist aus Gründen des allgemeinen Interesses auf dem Gebiet der Volksgesundheit oder der Sicherstellung hoher Normen betreffend Qualität und Sicherheit des Gesundheitswesens und von Medikamenten oder medizinischen Hilfsmitteln notwendig und zwar aufgrund des EU-Rechts oder des Rechts eines Mitgliedsstaats (Artikel 9, §2, i) AVG). Wenn das der Fall ist, geben Sie das angestrebte allgemeine Interesse und die gesetzliche Bestimmung an, die die geplante Verarbeitung vorsieht sowie die entsprechenden Maßnahmen, die diese Bestimmung vorschriebt, um die grundlegenden Rechte und Belange der Betroffenen zu gewährleisten:
* Die Verarbeitung ist notwendig zwecks Archivierung im allgemeinen Interesse, wissenschaftlicher oder historischer Untersuchung oder statistischer Zwecke, aufgrund des des EU-Rechts oder des Rechts eines Mitgliedsstaats (Artikel 9, §2, j) AVG). Nennen Sie die relevante gesetzliche Basis und die technischen und organisatorischen Maßnahmen, die ergriffen werden, um die Basisrechte und –interessen des Betroffenen zu gewährleisten und insbesondere um die Einhaltung des Prinzips der minimalen Datenverarbeitung zu gewährleistenfn (Art. 89.1 AVG):
1. **Welche Personenkategorien sind bei der geplanten Verarbeitung beteiligt (Mitarbeiter, Konsumenten, Kunden, Lieferanten, Nutzer eines öffentlichen Dienstes, Minderjährige, Patienten usw.)? Geben Sie auch an, wie viele Personen ungefähr bei der Verarbeitung beteiligt sind.**
2. **Wurde eventuell nach der Meinung der Betroffenen oder ihrer Vertreter gefragt?**
* JA
* NEIN

**WENN JA**, fügen Sie die Meinungen ein oder fassen Sie sie zusammen

**WENN NEIN** geben Sie die Gründe, an warum die Meinung der Betroffenen oder ihrer Vertreter nicht erfragt wurde

1. **Hat oder kann sich die geplante Verarbeitung mit hohem Restrisiko auf empfindliche Personen (Minderjährige, Behinderte usw. + Definition) beziehen?**
* JA
* NEIN

**WENN JA**, beschreiben Sie die Personenkategorie sowie ihre ungefähre Anzahl und das Maß, in dem sie von der geplanten Verarbeitung betroffen sind:

1. **Ist der Betroffene bei der Verarbeitung mit hohem Risiko der Gegenstand einer individuellen automatisierten Entscheidung, einschließlich Profilierung? Erläutern Sie im bestätigenden Fall:**

**IV- Notwendigkeit und Proportionalität der geplanten Verarbeitung mit hohem Restrisiko**

1. **Warum ist die geplante Verarbeitung mit hohem Restrisiko notwendig, um das angestrebte Ziel zu erreichen? Verdeutlichen Sie, warum diese Art der Verarbeitung gewählt wurde und keine andere, eventuell weniger eingreifende Alternative. Wenn es darum geht, eine bestehende Verarbeitung zu ändern, erläutern Sie, warum diese Veränderung notwendig ist.**
2. **Verdeutlichen Sie, warum jede Kategorie Personendaten, die Sie verarbeiten möchten, notwendig ist, um Ihr Ziel zu verwirklichen (illustrieren Sie ggf. mit konkreten Beispielen).**
3. **Wie lange werden die Daten gespeichert, um das/die angestrebten Ziel/e der geplanten Verarbeitung mit hohem Restrisiko zu verwirklichen? Rechtfertigen Sie die geplante Frist hinsichtlich des Ziels.**
4. **Ausübung der Rechte der Betroffenen (siehe Anlage 2 WP248)**
	1. **Transparenz/Informationsübermittlung: Wie werden die Betroffenen konkret über die geplante Verarbeitung informiert?**
	2. **Welche Mittel bekommen die Betroffenen, um ihr Recht auf Einsicht, Korrektur oder Löschung und -–wenn zutreffend – ihr Recht auf Datenübertragbarkeit ausüben zu können?**
	3. **Wie wird die Richtigkeit der Daten garantiert und wie werden sie korrigiert, sollte das nötig sein sollen?**

**IV. - Empfänger und Zugang zu den Daten, die im Rahmen der geplanten Verarbeitung mit hohem Restrisiko verarbeitet werden.**

1. **Welche Personen haben innerhalb Ihrer Organisation Zugang zu den Daten und welche Funktion(en) haben sie inne?**
2. **Haben Dritte Zugang zu den Daten, um die geplante Verarbeitung auszuführen?**
	* Nein
	* Ja

|  |
| --- |
| Beschreiben Sie die genauen Regeln für diesen Zugang: Wie genau haben sie Zugang zu den Daten? |
|  |

**V. -**  **Weitergabe außerhalb der EU**

1. **Werden die Daten an ein drittes Land oder eine internationale Organisation weitergegeben, um die geplante Verarbeitung mit hohem Restrisiko zu verwirklichen? Wenn das der Fall ist, identifizieren Sie diese/s Land/Länder und/oder diese internationale Organisation und in den Fällen der Weitergabe laut Artikel 49, § 1, 2. Absatz und legen Sie die Unterlagen bei, die bestätigen, dass geeignete Sicherheiten bestehen.**

**VI. - Beurteilung und Verwaltung der Verarbeitung mit hohem Risiko**

1. **Verdeutlichen Sie, ob das/die hohe/n Restrisiko/–risiken für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen (Recht auf Privacy, aber auch die anderen grundlegenden Rechte und Freiheiten, wie Recht der freien Meinungsäußerung, Gedankenfreiheit, Religionsfreiheit), die Ihre geplante Verarbeitung mit sich bringen könnte, ungeachtet der Maßnahmen, die Sie planen, um diese einzuschränken? Beschreiben Sie diese Risiken:**
2. **Beschreiben Sie die möglichen negativen Folgen, die die geplante Verarbeitung mit hohem Risiko für die Betroffenen haben könnte (z.B.: Diskriminierung, Identitätsdiebstahl oder –betrug, finanzielle Verluste, Imageschaden, Aberkennung von Rechten und Freiheiten, Verbreitung empfindlicher Daten)**
3. **Beschreiben Sie die Quelle dieser potenziellen negativen Folgen (menschliches, technisches oder physisches Risiko + geben Sie an, ob dieses Risiko intern oder extern auf die Organisation zutrifft):**
4. **Geben Sie die Wahrscheinlichkeit an, mit der diese negativen Folgen auftreten könnten:**
5. **Geben Sie den potenziellen Ernst der Folgen für den/die Betroffenen an:**
6. **Geben Sie an, ob die Risikobeurteilung auf einer normalisierten Methodologie für Risikoverwaltung basiert wurde (z.B. ISO 31000 ; ISO 27005)**.  **Erläutern Sie im bestätigenden Fall:**
7. **Beschreiben Sie die geplanten technischen und organisatorischen Maßnahmen, um die Risiken in Angriff zu nehmen.** Einschließlich der Maßnahmen, die sich insbesondere auf die Angaben der Verarbeitung beziehen (z.B. : Verschlüsselungsmethode, Anonymisierung, Rückverfolgbarkeit,…), die allgemeinen Sicherungsmaßnahmen des Systems, worin die Verarbeitung ausgeführt wird (z.B. : Betriebssicherung, Backup, Hardwaresicherung), organisatorische Maßnahmen (z.B.: Verwaltung…) oder rechtliche (Vertraulichkeitsvertrag, Strafklausel, vertragliche Sicherheiten,…)
8. **Warum bleibt das Risiko der geplanten Verarbeitung ungeachtet der ergriffenen Maßnahmen hoch?**

**VI.**   **-Kreuzen Sie nachfolgend die Unterlagen an, die Sie diesem Formular beilegen.**

* Die Empfehlung der DPO (verpflichtet, wenn eine DPO angeordnet wurde);
* Wenn zutreffend, die Empfehlung Ihres Sicherheitsberaters;
* Wenn zutreffend, die Empfehlung des Verarbeiters über Ihre geplante Verarbeitung;
* Wenn zutreffend, die Meinung der Betroffenen oder ihrer Vertreter;
* Wenn zutreffend die genehmigten Verhaltenscodes, Zertifizierungen usw.
* **Wenn zutreffend alle Dokumente, die beweisen können, dass es bei einer Weitergabe in ein anderes Land geeignete Garantien gibt;**
* Wenn zutreffend, eine schematische Übersicht der Abwicklung der geplanten Datenströme;
* **Wenn zutreffend die gesetzliche Basis Ihrer Verarbeitung;**
* **Sonstige.**

**Ich erkläre nach bestem Wissen und Gewissen, dass die übermittelten Informationen mit der Realität übereinstimmen und von der Person übermittelt wurde, die befugt ist, die vorliegende Empfehlung vorzunehmen.**

Datum: Unterschrift:

1. In diesem Formular werden die folgenden Abkürzungen verwendet:

GEB: Datenschutzeffektbeurteilung

DPO: Funktionär für Datenschutz

GDPR: General Data Protection Regulation. [↑](#footnote-ref-2)
2. Dieselbe Beurteilung kann eine Reihe vergleichbarer Verarbeitungen mit vergleichbaren hohen Risiken abdecken. [↑](#footnote-ref-3)
3. Als Erinnerung: die DPO haftet keinesfalls für diese Entscheidungen. [↑](#footnote-ref-4)
4. [↑](#footnote-ref-5)
5. Der Zweck einer Verarbeitung persönlicher Daten darf nicht mit einem allgemeinen Zweck verwechselt werden. Der Zweck ist der konkrete Grund, wofür die Daten verarbeitet werden und muss genau beschrieben werden, laut den Anforderungen von Artikel 5.1. b) der AVG [↑](#footnote-ref-6)
6. Verdeutlichen Sie, warum der angestrebte Zweck für Sie legitim ist und welchen Rechtmäßigkeitsgrund sie gewählt haben und warum (beschreiben Sie, für welchen Auftrag des öffentlichen Dienstes die gefragten Angaben notwendig sind, geben Sie die gesetzliche Basis an, mit der dieser Auftrag des öffentlichen Dienstes oder allgemeinen Interesses Ihnen anvertraut wurde,...) [↑](#footnote-ref-7)
7. Persönliche Angaben, aus denen Rasse oder ethnische Herkunft, politische Auffassung, religiöse oder weltbildliche Überzeigungen oder die Mitgliedschaft einer Gewerkschaft hervorgehen, und die Verarbeitung genetischer Angaben, biometrischer Angaben zwecks eindeutiger Identifikation einer Person oder Angaben zur Gesundheit oder Angaben betreffend des sexuellen Verhaltens oder der sexuellen Orientierung einer natürlichen Person. [↑](#footnote-ref-8)
8. Persönliche Angaben, aus denen Rasse oder ethnische Herkunft, politische Auffassung, religiöse oder weltbildliche Überzeigungen oder die Mitgliedschaft einer Gewerkschaft hervorgehen, und die Verarbeitung genetischer Angaben, biometrischer Angaben zwecks eindeutiger Identifikation einer Person oder Angaben zur Gesundheit oder Angaben betreffend des sexuellen Verhaltens oder der sexuellen Orientierung einer natürlichen Person. [↑](#footnote-ref-9)